

Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit!

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Pflege im Krankenhaus, in der stationären Altenpflege oder in der ambulanten Pflege angewiesen. Der Bedarf nach hochwertigen Pflegeleistungen wird in einer älter werdenden Gesellschaft weiter steigen. Die Versorgung zu sichern ist zentrale Aufgabe der Politik.

Dabei ist klar: ausreichendes und qualifiziertes Personal ist die Grundvoraussetzung für gute Pflege. Dies spiegelt sich bislang noch zu wenig in den Arbeitsbedingungen der Pflegebeschäftigten wieder: zu geringe Bezahlung, zu wenig Personal, Arbeitsverdichtung und Bürokratisierung sowie oftmals das Gefühl, vor dem Hintergrund des Zeitdrucks den eigenen Ansprüchen an gute Pflege nicht gerecht werden zu können, kennzeichnen viel zu oft den Arbeitsalltag von Pflegebeschäftigten.

Deshalb steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fest: Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit! Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege entscheiden. Pflegebeschäftigte sollen nicht in Teilzeit oder sogar ganz aus ihrem Beruf flüchten, weil die Arbeitsbelastung auf Dauer zu hoch ist. Eine bessere Personalausstattung bedeutet auch eine bessere Qualität der Pflege. Es braucht ein Maßnahmenpaket für gute Arbeit in der Pflege – im Interesse der Pflegebedürftigen sowie der Pflegebeschäftigten:

- Grundvoraussetzung für gute Arbeit ist tarifliche Entlohnung. Daher begrüßen wir den Durchbruch in der Bundespolitik, wonach Tarifsteigerungen in Krankenhäusern und der stationären Altenpflege zukünftig refinanziert werden. Im Gegenzug erwarten wir von den Tarifvertragsparteien, die Anstrengungen für eine höhere Tarifbindung zu intensivieren. Wir setzen uns als SPD dafür ein, dass die Refinanzierung von Tarifsteigerungen auch auf die ambulante Pflege ausgeweitet wird.
- In Bremen unterstützen wir die Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände in ihrem Bestreben nach einer Allgemeinverbindlichkeit für den Ausbildungstarifvertrag in der Altenpflege. Die letzte Vereinbarung wäre bereits ein Meilenstein für die Pflege gewesen. Wir bedauern, dass sie an ideologischer Borniertheit branchenfremder Arbeitgebervertreter gescheitert ist. Es ist Zeit für einen neuen Anlauf! Damit machen wir die Ausbildung in der Altenpflege attraktiver und machen uns auf den Weg zu einer einheitlichen Tarifstruktur für die gesamte Pflege.
- Zudem brauchen wir eine bessere Personalausstattung. Deshalb stehen wir in der stationären Altenpflege zur Fachkraftquote und haben die Mindestpersonalvorgaben angehoben. Damit die Vorgaben auch verlässlich eingehalten werden, werden wir die Wohn- und Betreuungsaufsicht stärken. Bei der Entwicklung eines bundesweit einheitlichen Instrumentariums muss die aktuell von der Bremer Universität für die Bundesregierung durchgeführte wissenschaftliche Analyse Grundlage für die politische Entscheidung sein, um die Personalbedarfe realistisch abzubilden.

45

Die Situation in der stationären Krankenpflege ist dadurch gekennzeichnet, dass mehr PatientInnen bei einer kürzeren Verweildauer durch weniger Pflegebeschäftigte betreut werden müssen. Es muss festgelegt werden, wie viele Pflegekräfte in einer Schicht eingesetzt werden und welche Qualifikation sie vorweisen müssen. Die Pläne des Bundesgesundheitsministers, sich bei der Personalbemessung auf sogenannte pflegesensitive Bereiche zu beschränken, lehnen wir als nicht ausreichend ab. Wir erwarten, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, klare gesetzliche Regelungen zur Personalbemessung auf *allen* bettenführenden Krankenhaus-Abteilungen. Auch dass die Mindestausstattung am unbefriedigenden Ist-Zustand gemessen wird, halten wir für unzureichend. In Bremen werden wir die Wirkung des neuen Bundesrechts nach seinem Inkrafttreten auswerten und prüfen, ob wir weitere Verbesserungen durch Vorgaben zur Personalbemessung im Landeskrankenhausgesetz erreichen können.

50

55

60

65

70

- Wir werden eine/n Pflegebeauftragte/n des Senats schaffen, der die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt. Eine Pflegekammer, die aus Beiträgen der Arbeitnehmer*innen Aufgaben des Staates und der Arbeitgeber finanziert, lehnen wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften ab.
- Wir brauchen mehr Fachkräfte in der Pflege. Neben Anstrengungen für mehr Ausbildung müssen wir auch Aufstiege fördern. Dabei muss auch Ansprüche auf Qualifizierung haben, wer nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist. Deshalb fordern wir, die Bundesagentur für Arbeit zu einer „Agentur für Arbeit und Qualifizierung“ zu machen. Bis dahin werden wir den bremischen Weg weiter gehen, Aufstiege für Pflegehilfskräfte zur Fachkraft durch das Programm „Wegebau“ zu ermöglichen. Bei unseren Bemühungen, Weiterbildungen im Land Bremen künftig mit einem Qualifizierungsgeld zu fördern, werden wir insbesondere Pflegebeschäftigte in den Blick nehmen.